
Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 3. Dezember 1978

**Analyse de la votation fédérale du 3 décembre 1978*

Abstimmungsergebnisse	Ja	Nein
Milchwirtschaftsbeschluss	1 092 104 (68%)	502 859 (32%)
Tierschutzgesetz	1 337 958 (82%)	299 720 (18%)
Bundessicherheitspolizei	723 214 (44%)	918 874 (56%)
Berufsbildungsgesetz	902 532 (56%)	707 225 (44%)

Stimmbeteiligung 42%

Inhalt	Seite
Nachanalyse der eidgenössischen Abstimmung vom 3. Dezember 1978 / Ergebnisse von Repräsentativumfragen in der deutschen und französischen Schweiz	3
Kantonale Abstimmungsergebnisse	2
1. Die Konfliktfronten – Das Stimmverhalten der einzelnen Merkmalsgruppen	3
2. Entscheidungsmotive	7
3. Die Bedeutung sozialer und kultureller Gegensätze für das Abstimmungsverhalten	12
4. Das Vertrauen der Stimmbürger in die Entscheide der Regierung	14
Zusammenfassung der Hauptergebnisse	17
*Récapitulation des résultats principaux	19



Kantonale Abstimmungsergebnisse / Résultats cantonaux

Kanton Canton	Milchwirtschafts- beschluss/Arrêté fédéral sur l'éco- nomie laitière	Tierschutz- gesetz/loi sur la protec- tion des animaux	BUSIPO/ Police fédé- rale de sécurité	Berufsbildung/ Formation professionnelle
	ja/oui %	ja/oui %	ja/oui %	ja/oui %
ZH	71,7	86,4	50,7	61,7
BE	71,7	84,7	48,2	53,7
LU	77,8	80,3	48,2	61,1
UR	73,5	78,5	43,6	46,2
SZ	72,6	70,1	39,8	49,1
OW	79,8	77,4	44,9	55,3
NW	73,1	76,4	42,2	54,2
GL	80,6	86,0	45,1	55,0
ZG	77,1	83,2	49,5	63,1
FR	64,7	77,1	38,8	52,7
SO	65,0	79,9	44,8	55,0
BS	70,2	86,1	37,5	62,2
BL	70,6	85,7	36,8	59,6
SH	73,5	79,5	47,2	60,8
AR	74,9	85,2	53,6	61,3
AI	85,1	81,4	53,6	61,0
SG	72,7	83,5	53,6	62,0
GR	76,8	84,4	53,3	61,8
AG	69,0	81,3	49,0	56,8
TG	72,0	82,3	52,1	62,3
TI	68,6	76,2	50,6	49,5
VD	55,4	78,9	20,6	43,8
VS	55,5	68,9	33,8	53,2
NE	56,1	78,9	31,2	43,1
GE	55,7	72,0	29,5	53,1
JU	31,9	76,3	15,6	31,4
CH	68,5	81,7	44,0	56,1

Nachanalyse der eidgenössischen Abstimmung vom 3. Dezember 1978

Ergebnisse einer Repräsentativumfrage in der deutschen und französischen Schweiz.

In den Pressekommentaren nach eidgenössischen Urnengängen wird immer wieder mit Bedauern auf den sich manifestierenden Graben zwischen Deutsch und Welsch aufmerksam gemacht. In Anbetracht der Bedeutung, den der Faktor Föderalismus für das politische Leben in der Schweiz besitzt, sind derartige Hinweise sicher ernst zu nehmen. Sie bergen aber auch eine Gefahr: ein einzelner gesellschaftlicher Gegensatz wird in den Vordergrund gerückt und im Vergleich zu anderen systematisch überbewertet.

Die Sprache bzw. die damit charakterisierte politische Kultur ist einer der wenigen Bestimmungsfaktoren, dessen Einfluss sich direkt in den kantonalen Abstimmungsergebnissen erkennen lässt. Andere, für die Lösung politischer Probleme ebenso wichtige Konfliktfronten, wie etwa diejenigen zwischen sozialen Schichten oder den einzelnen Altersgruppen können dagegen nur in differenzierten Analysen von Bezirks- und Gemeinderesultaten oder mittels Meinungsumfragen aufgedeckt werden. In den sich allein an Kantonsresultaten orientierenden Abstimmungskommentaren finden sie nur selten Beachtung.

Eines der Hauptziele der vorliegenden Abstimmungsanalyse ist darum, die für das Abstimmungsverhalten wichtigen politischen Dimensionen aufzudecken. Wie haben die einzelnen Gruppen der Stimmbürgerschaft entschieden, und welches waren ihre Entscheidungsmotive? Wir möchten uns aber nicht auf abstimmungsspezifische Fragestellungen beschränken. In einem späteren Kapitel wird darum die Frage nach der Bedeutung bestimmter gesellschaftlicher Gegensätze noch einmal aufgenommen und gezeigt, welche Konfliktfronten durch die in den letzten 18 Monaten zur Abstimmung gelangten Vorlagen am häufigsten aktiviert worden sind. Ein letztes Kapitel schliesslich beschäftigt sich mit einer ganz speziellen Dimension des Abstimmungsverhaltens: dem nicht-themen-spezifischen, grundsätzlichen Vertrauen der Stimmbürger in die Entscheide ihrer Regierung.

1) Die Konfliktfronten – das Stimmverhalten der einzelnen Merkmalsgruppen

Der Blick auf die kantonalen Abstimmungsergebnisse (s. letzte Seite) lässt erkennen, dass die Sprachgruppenzugehörigkeit bei allen vier Vorlagen einen Einfluss auf das Abstimmungsverhalten besass. Welche anderen Faktoren die einzelnen Entscheide bestimmten, ist in Tabelle 1 ersichtlich. Statistisch signifikante Zusammenhänge zwischen dem Entscheidverhalten und dem entsprechenden Merkmal der Stimmbürger sind mit einem Stern gekennzeichnet (Chi-Quadrat Test,

Signifikanzniveau 0,1). Zwei Sterne weisen auf eine besonders starke Beziehung zwischen den beiden Variablen (Signifikanzniveau 0,001):

Tabelle 1 Das Gewicht einzelner Merkmale für den Entscheid zu den vier Vorlagen

Merkmal	Merkmal			
	Milchwirtschaft	Tierschutz	BUSIPO	Berufsbildung
Geschlecht				
Alter	*	*	**	*
Sprachgruppe	**	*	**	**
Siedlungsart (Stadt/Land)				
Konfession	*			*
Beruf			*	*
Bildung				*
Parteisympathie	**	*	**	**
Pol. Integration ¹⁾	*	*	**	*

1) Zum Begriff der "Politischen Integration" s. VOX, Analyse der eidg. Abstimmung vom 13. März 1977, S. 4/5.

Neben der Sprachgruppe wirkten die Merkmale Alter, Parteisympathie und Ausmass der politischen Integration bei allen vier Vorlagen verhaltensbestimmend. Am meisten Konfliktfronten aktivierte das Berufsbildungsgesetz. Hier blieben nur die Merkmale Geschlecht und Siedlungsart ohne Einfluss. Aber auch beim relativ unbestrittenen Tierschutzgesetz lassen sich bei nicht weniger als vier Merkmalsgruppen signifikante Unterschiede im Entscheidverhalten nachweisen.

Wie gross diese Differenzen zahlenmässig sind, zeigt Tabelle 2. Darin haben wir für jede Vorlage die Ja-Stimmenanteile der signifikant unterschiedlich votierenden Merkmalsgruppen aufgeführt. Die angegebenen Werte sind korrigiert, d.h. die verweigerten Antworten wurden im Verhältnis der Ja/Nein-Stimmen auf die beiden Kategorien verteilt (bei allen Vorlagen weniger als 12%):

Tabelle 2 Das Stimmverhalten der einzelnen Merkmalsgruppen

Vorlage	Überdurchschnittlich Befürwortende/ Unterdurchschnittlich Ablehnende	Unterdurchschnittlich Befürwortende/ Überdurchschnittlich Ablehnende
	(Ja zur Vorlage in %)	
Milchwirtschaft	Total Stichprobe 76 (effektiv 68)	
	65–84jährige (86)	20–39jährige (64)
	deutsche Schweiz (81)	Westschweiz (60)
	Reformierte (81)	Katholiken (72)
	FdP (89), SVP (87)	SP (51)
	Pol. Integr. Hoch (84)	Pol. Integr. Tief (63)
Tierschutz	Total Stichprobe 86 (effektiv 82)	
	65–84jährige (94)	20–39jährige (80)
	deutsche Schweiz (89)	Westschweiz (77)
	LdU (100), FdP (92), CVP (91)	SP (79)
	Pol. Integr. Hoch (93)	Pol. Integr. Tief (84)
BUSIPO	Total Stichprobe 38 (effektiv 44)	
	65–84jährige (50)	20–39jährige (26)
	deutsche Schweiz (45)	Westschweiz (17)
	Angestellte/Beamte in unteren Positionen (52), Bauern (50)	Arbeiter (31)
	SVP (60), FdP (56)	SP (17)
	Pol. Integr. Hoch (54)	Pol. Integr. Tief (16)
Berufsbildung	Total Stichprobe 66 (effektiv 56)	
	65–84jährige (77)	20–39jährige (62)
	deutsche Schweiz (71)	Westschweiz (51)
	selbständig Erwerbende, Leitende Angestellte/ Beamte (74)	Arbeiter (58)
	Reformierte (71)	Katholiken (63)
	CVP (85), FdP (84)	SP (39)
	Berufs-, Gewerbeschule (69)	Primarschule (52)
	Pol. Integr. Hoch (76)	Pol. Integr. Tief (59)

Milchwirtschaft Der hauptsächlich von dissidenten Bauern aus der Westschweiz sowie den Linksparteien (+ LdU) bekämpfte Milchwirtschaftsbeschluss ist von keiner der statistisch geprüften Merkmalsgruppen abgelehnt worden. Die Nein-Propaganda der ablehnenden Organisationen schlägt sich aber doch deutlich im Resultat nieder. Nur 60% der Westschweizer und 51% der SP-Sympathisanten gegenüber 81% der Deutschschweizer und 89% der FdP-Anhänger stimmten der Vorlage zu. Wenn wir einzelne der ausgeschiedenen Merkmale zusätzlich kombinieren,

ergeben sich sogar Gruppen mit Nein-Mehrheiten. Am deutlichsten zeigt sich dies bei den SP-Sympathisanten aus der Westschweiz. Von ihnen lehnten zwei Drittel die Vorlage ab.

Interessant ist der signifikant tiefere Ja-Stimmenanteil der 20–39-jährigen gegenüber den 65–84-jährigen. Die Analyse der Entscheidungsmotive wird zeigen, ob sich hinter dem Entscheidverhalten der jüngeren Stimmbürger eine grundsätzliche Skepsis gegenüber der Landwirtschaft verbirgt oder ob spezifische Argumente gegen die vorgeschlagene Regelung ausschlaggebend waren.

Die durch den Milchbeschluss direkt betroffene Bauernschaft hat die Vorlage überdurchschnittlich stark angenommen¹⁾. Über 90% der befragten Landwirte haben der Vorlage zugestimmt; bei den Bauern aus der deutschen Schweiz waren es sogar mehr als 95%.

Tierschutz Das Tierschutzgesetz ist bei keiner Merkmalsgruppe auf nennenswerte Opposition gestossen. Selbst von den Angehörigen der am schwächsten annehmenden Gruppen haben sich mehr als drei Viertel für die Vorlage entschieden. Die älteren Stimmbürger sowie die Sympathisanten der meisten bürgerlichen Parteien erreichten Ja-Stimmenanteile von über 90%.

Sicherheitspolizei Die bei der BUSIPO vielerorts befürchtete Teilung des Landes in eine ablehnende französischsprachige Minderheit und eine zustimmende deutschschweizerische Mehrheit ist nicht eingetreten. Zwar ist das Nein in der Westschweiz weit deutlicher ausgefallen als in der deutschen Schweiz. Auch im deutschsprachigen Landesteil findet sich aber gesamthaft eine ablehnende Mehrheit. So gesehen, manifestiert sich zwischen den einzelnen Berufsgruppen (bzw. sozialen Schichten), Generationen und politischen Lagern ein noch tieferer Graben als zwischen den beiden Sprachgruppen. Von ihnen haben sich einzelne Merkmalsgruppen mehrheitlich für die BUSIPO ausgesprochen; die älteren Stimmbürger, die Angehörigen mittelständischer Berufsgruppen (Angestellte und Beamte in unteren Positionen und Bauern) sowie die Sympathisanten der bürgerlichen Regierungsparteien verzeichnen Ja-Stimmenanteile von über 50%²⁾. Demgegenüber stimmten über zwei Drittel der Arbeiterschaft, drei Viertel der 20–39-jährigen und sogar fünf Sechsel der SP-Anhänger gegen die Einführung einer Bundessicherheitspolizei.

Interessant ist das unterschiedliche Stimmverhalten der Bauern aus den beiden Landesteilen. Gesamthaft sprach sich eine knappe Mehrheit der Landwirte für die BUSIPO aus. Dieses Resultat widerspiegelt aber vor allem die Haltung der Deutschschweizer Bauern. Über zwei Drittel stimmten Ja. Die Westschweizer Bauern haben die Vorlage dagegen mit 82% Nein massiv abgelehnt.

Berufsbildung Beim Berufsbildungsgesetz zeigt sich eine ähnliche Interessenkonstellation wie bei der BUSIPO. Am wenigsten Ja-Stimmen kamen von der jüngeren Generation, von den Arbeitern, aus dem Lager der linken Parteien sowie aus der Westschweiz. Mehrheitlich Nein stimmten dabei aber nur gerade die Anhänger der SP. Was den Unterschied zwischen den beiden konfessionellen Gruppen betrifft,

so ist dieser wohl weniger Ausdruck einer konfessionell gefärbten Einstellung als vielmehr eine Funktion der hohen Korrelation zwischen Konfession und Region. In den ländlichen, eher konservativen Kantonen der Innerschweiz ist das Berufsbildungsgesetz nur knapp angenommen oder sogar verworfen worden. Dieses Ergebnis ist ein deutliches Zeichen dafür, dass sich hinter den Nein-Stimmen nicht nur die von den Gewerkschaften und Linksparteien vorgebrachten, spezifischen Einwände gegen das vorgelegte Gesetz verbergen. Der recht hohe Anteil an Nein-Stimmen steht zugleich für eine gewisse undifferenzierte Bildungsfeindlichkeit einzelner Regionen und Bevölkerungsgruppen, wie sie sich u.a. beim abgelehnten Hochschulförderungsgesetz vom letzten Mai manifestierte.

2) *Entscheidungsmotive*

Mit Hilfe einer offenen Frage klärten wir ab, welche Beweggründe zum Ja- oder Nein-Entscheid geführt haben. In Tabelle 3 sind die drei jeweils am häufigsten genannten Entscheidungsmotive sowie der Anteil der undifferenzierten und Weiss-Nicht-Antworten aufgeführt. In die Kategorie "undifferenziert/W.N." fallen alle jene Antworten, die nicht über den Ausdruck einer allgemeinen Zustimmung oder Ablehnung hinausgehen ("gute Lösung", "ausgezeichnetes Gesetz" etc.).

Milchwirtschaft Fast 40% der Befürworter des Milchwirtschaftsbeschlusses konnten ihren Entscheid nicht begründen. Der hohe Prozentsatz zeigt deutlich, dass sich viele Stimmbürger nicht näher mit dem Inhalt der Vorlage befasst haben. Bei den konkreten Entscheidungsmotiven stehen zwei Dimensionen im Vordergrund. Den einen ging es hauptsächlich um die Eindämmung der Milchproduktion, den anderen grundsätzlich um das Wohl der Landwirtschaft bzw. des Bauernstandes. Rund die Hälfte der Nein-Stimmenden lehnte ab, weil sie vom Milchbeschluss eine Benachteiligung der Bauern in den Berg- und Hügellzonen oder ganz allgemein der Kleinbauern befürchtete. 9% wiesen auf die Zufälligkeit und damit auch Ungerechtigkeit der Kontingenzuteilung. Weitere 8% machten geltend, dass eine Produktionskontingentierung nicht zur liberalen Wirtschaftsordnung unseres Landes passe.

Nur gerade 3% der Ablehnenden wollen ihr Nein als grundsätzliches Nein zur Landwirtschaft bzw. schweizerischen Landwirtschaftspolitik verstanden wissen ("Bauern sind reich genug", "wir zahlen schon genug Subventionen". . .). Bei den 20–39jährigen liegt dieser Prozentsatz sogar noch tiefer. Das relativ schwache Ja der jüngeren Generation ist somit nicht auf eine überdurchschnittliche Skepsis gegenüber der Landwirtschaft zurückzuführen (s. Kap. 1). Vielmehr hat das Hauptargument der Gegner im Abstimmungskampf, die Milchkontingentierung benachteilige die Kleinbauern, bei den Jungen ein grösseres Echo gefunden als bei den älteren Stimmbürgern.

In den Ablehnungsmotiven nicht aufgetaucht ist das explizite Konsumenten-Nein.

Kein einziger Nein-Stimmender wies auf mögliche Preiseffekte der Kontingentierung hin.

Tabelle 3 Die wichtigsten Entscheidungsmotive

Vorlage	Entscheid	Motiv (% der Nennungen)
Milchwirtschaft	Ja	<ul style="list-style-type: none"> – Zur Einschränkung der Milchproduktion (34) – Beschluss trägt den Bedürfnissen der Produzenten in Berg- u. Hügellgebieten Rechnung (15) – Zum Schutze der Landwirtschaft/des Bauernstandes (14) Undifferenziert/W.N. (38)
	Nein	<ul style="list-style-type: none"> – Benachteiligt die Kleinbauern (die Berg- und Hügellbauern) (46) – Kontingentierung erfolgte rein zufällig/ist ungerecht (9) – Geht den Bund nichts an/Schritt zur Planwirtschaft (8) Undifferenziert/W.N. (26)
Tierschutz	Ja	<ul style="list-style-type: none"> – Verbesserter Tierschutz (38) – Verbot von tierquälnerischen Haltungsarten (Käfig- und Dunkelhaltung) (35) – strengere Vorschriften bei Tierversuchen (11) Undifferenziert/W.N. (20)
	Nein	<ul style="list-style-type: none"> – Gesetz geht zu wenig weit/Vorschriften sind zu wenig streng (39) – Gesetz geht zu weit (18) – Dunkel- und Käfighaltung müssten gänzlich verboten werden (7) Undifferenziert/W.N. (13)
BUSIPO	Ja	<ul style="list-style-type: none"> – Zur Terrorbekämpfung (Gegen Bombenleger, Geiselnnehmer etc.) (49) – Besserer Schutz des Bürgers/Für Ruhe und Ordnung/Ordnungspolizei (20) – Gegen Demonstrationen/Atomkraftwerkgegner/Streiks (7) Undifferenziert/W.N. (24)
	Nein	<ul style="list-style-type: none"> – Gegen die Polizei/Schon genug Polizisten/Bald ein Polizeistaat (32) – Schweiz ist nicht bedroht/BUSIPO drängt sich nicht auf (22) – Kostet zu viel/Leere Bundeskassen (10) Undifferenziert/W.N. (9)
Berufsbildung	Ja	<ul style="list-style-type: none"> – Bessere Ausbildung der Jungen/Aufwertung der Lehre (38) – Gesetzliche Regelung der Anlehre (17) – Bessere Ausbildung der Lehrmeister (7) Undifferenziert/W.N. (32)
	Nein	<ul style="list-style-type: none"> – Gegen die Anlehre/Anlehre führt zu einer Reduzierung der Lehrstellen (23) – Gesetz geht zu wenig weit/Gesetz für die Arbeitgeber (20) – Zu wenig Schule/Allgemeinbildung kommt zu kurz (7) Undifferenziert/W.N. (31)

Tierschutz Auch das Tierschutzgesetz wurde von den meisten Stimmbürgern nicht genauer unter die Lupe genommen. Zwar ist der Anteil der undifferenzierten und Weiss-Nicht-Antworten kleiner als beim Milchwirtschaftsbeschluss. Die meisten Befragten argumentierten aber äusserst allgemein (“Verbesserter Tierschutz”), unpräzise oder sogar “falsch”. So glaubten viele Befürworter, dass mit dem neuen Gesetz Käfighaltung, Dunkelhaltung und Tierversuche grundsätzlich verboten würden. Mit ihrem Ja forderten sie also gerade jene konsequenten Verbote, welche die meisten Nein-Stimmenden im neuen Gesetz vermissten. Eine Minderheit von 18% stimmte Nein, weil ihr das Gesetz zu weit ging.

BUSIPO Die überdurchschnittlich starke Ablehnung der BUSIPO in der West- und Innerschweiz hat viele Kommentatoren dazu verführt, hinter dem negativen Volksentscheid vor allem ein föderalistisches Veto zu sehen. Damit haben sie den Einfluss dieses Faktors auf das Entscheidverhalten des Normalbürgers ohne Zweifel überschätzt. Das Misstrauen gegen eine Verlagerung der Kompetenz in polizeilichen Angelegenheiten von den Kantonen zum Bund hat den Volksentscheid zwar beeinflusst, es war aber bei weitem nicht das wichtigste Entscheidmotiv. Nur gerade 10% der Nein-Stimmenden machten föderalistische Bedenken geltend. Selbst in der Westschweiz liegt der entsprechende Anteil unter 20%. Die meisten Stimmbürger opponierten ganz einfach gegen einen Ausbau des Polizeiapparates bzw. eine (allzu) starke Polizei. Die innere Sicherheit der Schweiz erschien ihnen nicht derart bedroht, als dass sich die Schaffung einer neuen Polizeitruppe aufdrängen würde. Noch häufiger als föderalistische Motive wurde schliesslich ein Argument vorgebracht, das im Abstimmungskampf kaum Erwähnung fand, mit dem aber heute wohl in fast allen Abstimmungen zu rechnen ist. Der Aufbau einer Bundes-sicherheitspolizei kostet Geld; die Bundeskassen aber sind leer.

Bei den Befürwortern stand eindeutig die Terrorbekämpfung im Vordergrund. Nur etwa ein Viertel der Ja-Stimmenden sah die BUSIPO vorwiegend als Ordnungstruppe. Allerdings liegt dieser Prozentsatz bei einigen Merkmalsgruppen beträchtlich über dem Durchschnitt, so etwa bei den 65–84-jährigen sowie den Angestellten und Beamten in mittleren Positionen.

Angesichts der Tatsache, dass wir das BUSIPO-Nein vor allem als Nein gegen eine Verstärkung der Polizeikräfte zu interpretieren haben, könnte vermutet werden, dass die Stimmbürger die geplante Mannschaftsstärke der Sicherheitspolizei überschätzten. Die Abklärung dieser Hypothese interessiert umso mehr, als es im Abstimmungskampf zu heftigen Kontroversen um die genaue Zahl gekommen war.

Wir fragten die Stimmbürger, wieviel Mann für die BUSIPO vorgesehen waren. Nach den “Leitlinien zur Verordnung über die Sicherheitspolizei des Bundes” des EJPO hätte die BUSIPO rund 1200–1300 Mann umfasst³⁾. In Tabelle 4 ist ersichtlich, wieviele der Befragten diese Zahl kannten und wieviele sie über- bzw. unterschätzten:

Tabelle 4 Kenntnis der geplanten Mannschaftsstärke der BUSIPO

Kenntnis	Total der Befragten (in %)	Urnengänger		
		Total	BUSIPO Ja	BUSIPO Nein
richtig geschätzt (1200–1300)	35	37	41	36
überschätzt (> 1300)	19	23	26	23
unterschätzt (< 1200)	17	17	16	17
Weiss Nicht	30	23	18	24

37% der Stimmenden wussten, wieviel Mann die geplante BUSIPO umfasst hätte. 17% unterschätzten die Zahl und rund ein Viertel überschätzte sie. Zwischen den Befürwortern und Gegnern der Vorlage zeigen sich keine signifikanten Unterschiede. Mit einer Überschätzung der Formationsstärke ist die Ablehnung der BUSIPO somit kaum zu begründen, auch wenn man in Rechnung stellt, dass die Zahl der unbewusst überschätzenden bei den "Weiss Nicht" antwortenden BUSIPO-Gegnern möglicherweise höher liegt als bei den Befürwortern.

Berufsbildung Nur jeder vierte Befürworter des Berufsbildungsgesetzes motivierte sein Ja mit einer konkreten, im BG vorgesehenen Neuregelung. Von ihnen wiesen die meisten auf die gesetzliche Verankerung der Anlehre sowie die verbesserte Ausbildung der Lehrmeister hin. Andere Argumente, wie etwa das Verbot der Akkordarbeit für Lehrlinge, die Einführung von Modell-Lehrgängen oder die Förderung der Berufsbildungsforschung tauchen in weniger als 1% der Antworten auf. Für die Gegner bildete die gesetzliche Verankerung der Anlehre den grössten Stein des Anstosses. Nur 7% kritisierten dagegen die Tatsache, dass das neue Gesetz die Mindestdauer des Berufsschulunterrichts wie bisher auf einen Tag in der Woche festlegt. Weil ihnen das Gesetz zu weit ging, lehnten rund 10% der Nein-Stimmenden ab.

Anschliessend an die Beantwortung der offenen Frage nach den Entscheidungsmotiven haben wir den Befragten noch einige im Abstimmungskampf diskutierte Argumente für oder gegen das Gesetz schriftlich vorgelegt und sie gebeten, dazu Stellung zu nehmen. In Tabelle 5 ist ersichtlich, wieviele Stimmbürger sich mit dem jeweiligen Argument einverstanden erklärten. Es wurde zwischen dem Total der Urnengänger sowie den Ja- und Nein-Stimmenden unterschieden. Die in der letzten Spalte aufgeführte Differenz zwischen den Ja- und Nein-Stimmenden gibt an, wie weit diese in der Beurteilung des Argumentes übereinstimmten. Mit der Differenz wächst die Bedeutung des Argumentes für das unterschiedliche Entscheidverhalten der beiden Gruppen:

Tabelle 5 Die Bewertung einzelner Argumente für und gegen das Berufsbildungsgesetz durch die Ja- und Nein-Stimmenden

Argument	Urnengänger ("einverstanden" in %)			Differenz
	Total	Ja-Stimmende	Nein-Stimmende	
(1) Mit dem neuen Berufsbildungsgesetz wird es mehr Anlehrstellen und weniger vollwertige Lehrstellen geben	26	15	52	37
(2) Die Überwachung der Lehrbetriebe ist im neuen Gesetz ungenügend	24	15	48	33
(3) Die Einführung der Anlehre wird viele junge Leute von einer richtigen Berufslehre abhalten	31	23	52	29
(4) Die neue Anlehre hilft gerade jenen jungen Leuten, die weniger begabt sind und sonst überhaupt ohne angemessene Ausbildung blieben	64	74	52	22
(5) Die Arbeitgeber wehren sich gegen einen längeren Berufsschulunterricht, weil sie die billige Arbeitskraft der Lehrlinge möglichst lange ausnützen wollen	43	39	56	17
(6) Die Gewerkschaften wollen Einfluss nehmen auf die Lehrbetriebe, um Mitglieder für ihre Organisation zu werben	32	39	23	16
(7) Die Ausbildungsqualität der Lehre schwankt heute stark von Betrieb zu Betrieb	80	79	89	10
(8) Durch eine weitere zeitliche Ausdehnung des Berufsschulunterrichts auf Kosten der praktischen Arbeit beim Lehrmeister wird die Zahl der Lehrstellen kleiner	26	25	32	7
(9) Eine weitere zeitliche Ausdehnung des Berufsschulunterrichts auf Kosten der praktischen Arbeit beim Lehrmeister ist für diesen kaum tragbar	28	31	25	6
(10) Die heutige Zeit verlangt mehr allgemeine Bildung und weniger rein fachliche Ausbildung	48	46	49	3
(11) Die jungen Leute wollen keine Verlängerung des theoretischen Unterrichts, da die meisten lieber praktisch tätig sind	46	46	47	1

Die in Tabelle 5 sichtbare Beurteilung der verschiedenen Aussagen unterstreicht die schon in den Antworten auf die offene Frage aufgetauchte Gewichtung der einzelnen Argumente. Am wenigsten einig war man sich über die Vor- und Nachteile der Anlehre. Tabelle 5 zeigt aber noch ein weiteres. Viele der im Abstimmungskampf für oder gegen das Gesetz vorgebrachten Argumente sind von den Stimmbürgern anders bewertet bzw. wahrscheinlich gar nicht berücksichtigt worden. So wird z.B. die recht häufig ins Feld geführte Argumentationskette "Mehr Unterricht – Überforderung der Lehrbetriebe – Weniger Lehrstellen" nur von 25% der Ja-Stimmenden unterstützt. Dem gleichen Pro-Argument stimmten 32% der Nein-Stimmenden zu (Argument 8)! Aber auch typische Nein-Motive wurden nicht dem Abstimmungsverhalten entsprechend beurteilt. Je etwa gleichviele Ja- und Nein-Stimmende sind mit den Gewerkschaften der Ansicht, dass die heutige Zeit mehr allgemeine und weniger rein fachliche Ausbildung erfordere. Gerade dies war aber für die Gewerkschaften einer der Hauptgründe für ihre ablehnende Haltung zum neuen Gesetz.

3) Die Bedeutung sozialer und kultureller Gegensätze für das Abstimmungsverhalten (September 1977 – Dezember 1978)

Beim Urnengang vom 3. Dezember bestimmten Parteisympathie und Sprachgruppenzugehörigkeit stärker als alle anderen Faktoren das Abstimmungsverhalten (s. Tabelle 1). Spiegelt sich in diesem abstimmungsspezifischen Resultat die tatsächliche Bedeutung dieser beiden Konfliktfronten für das politische Leben in der Schweiz wider? Oder sind andere, am 3. Dezember nicht ausschlaggebende Gegensätze, wie der Unterschied zwischen Stadt und Land oder den einzelnen Altersgruppen, im allgemeinen genau so wichtig bzw. noch wichtiger?

In Tabelle 6 ist ersichtlich, welche Konfliktfronten in den letzten sechs Abstimmungen, d.h. durch 23 Vorlagen in einem Zeitraum von rund 1 1/2 Jahren aktiviert worden sind (Chi-Quadrat Test, Signifikanzniveau 0,1).

Parteisympathie und Sprachgruppenzugehörigkeit erweisen sich auch in dieser zeitlich ausgedehnten Analyse als äusserst wichtige Abstimmungsdimensionen. Die Parteisympathie hat sich bei 20 von 23 Vorlagen auf das Abstimmungsverhalten ausgewirkt. Nur der Konjunkturartikel, das Zeitgesetz sowie das BG über den Schwangerschaftsabbruch vermochten die Parteianhänger nicht in politische Lager mit signifikant unterschiedlichem Stimmverhalten zu trennen. Dabei zeigt sich im Falle der Schwangerschaftsvorlage nur darum kein parteipolitischer Graben, weil diametral entgegengesetzte Einstellungen zum gleichen Nein in der Abstimmung führten (Vgl. VOX, Analyse der eidg. Abstimmung vom 28. Mai 1978). Interessant ist die Tatsache, dass die Parteisympathie meist auch dann auf das Abstimmungsverhalten durchschlug, wenn sich die Parolen der von uns geprüften Parteien nicht voneinander unterschieden. Bei sieben Vorlagen stimmten die Empfehlungen der FdP, CVP, SVP, SP und LdU miteinander überein. In sechs dieser sieben Fälle zeigen sich dennoch signifikante Unterschiede im Stimmverhalten der Parteianhänger⁴⁾.

Tabelle 6 Die Bedeutung sozialer und kultureller Gegensätze für das Abstimmungsverhalten (September 1977–Dezember 1978)

Vorlage	Geschlecht	Alter	Sprache	Stadt/Land	Beruf	Konfession	Partei-sympathie
	(* = Signifikanter Zusammenhang zwischen Merkmal und Stimmverhalten)						
Mieterschutz (25.9.77)			*	*	*		*
Gegenvorschlag							
Mieterschutz			*	*	*		*
Albatros (Luftverschmutzung)				*	*		*
Erhöhung der Unterschriftenzahl			*				*
Fristenlösung	*	*	*	*	*	*	*
Reichtumssteuer (4.12.77)	*	*			*		*
Politische Rechte							*
Ziviler Ersatzdienst		*					*
Sparpaket			*		*		*
Demokratie Nationalstrassenbau (2.2.78)			*			*	*
9. AHV-Revision		*			*		*
Herabsetzung des AHV-Alters		*		*	*		*
Konjunkturartikel					*		
Zeitgesetz (28.5.78)		*		*	*		
Zolltarifgesetz (Brotpreis)					*		*
Schwangerschaftsabbruch							
Hochschulförderung		*	*	*	*		*
12 autofreie Sonntage		*					*
Jura (24.9.78)	*		*			*	*
Milchwirtschaft (3.12.78)		*	*			*	*
Tierschutz		*	*				*
Bundessicherheitspolizei		*	*		*		*
Berufsbildungsgesetz		*	*		*	*	*
Total	3	12	12	7	14	5	20

Die Sprache bzw. politische Kultur der Sprachregion war bei rund der Hälfte der Vorlagen von Bedeutung. Mindestens ebenso wichtig waren aber die beiden Merkmale Beruf und Alter. Der grosse Einfluss des Schichtungsmerkmals "Beruf" bzw. der dahinter stehenden sozio-ökonomischen Gegensätze kann dabei sicher weniger überraschen als derjenige des Faktors "Alter". Jede zweite Vorlage wird von den einzelnen Altersgruppen signifikant unterschiedlich beurteilt! Das Ergebnis er-

hält ein besonderes Gewicht, wenn man in Rechnung stellt, dass die jüngeren Stimmbürger weit häufiger der Urne fern bleiben als die ältere Generation (vgl. VOX, Analyse der Abstimmung vom 26. Februar 1978, S. 12). Die oft beklagte Status-Quo Orientierung der Schweizer Stimmbürger ist ohne Zweifel auch Ausdruck des unterschiedlichen Partizipations- und Stimmverhaltens der einzelnen Altersgruppen.

Im Vergleich zu den Faktoren politische Kultur, Schichtung und Alter spielen die Merkmale Geschlecht und Konfession nur eine untergeordnete Rolle. Sie wirkten bei weniger als einem Viertel der Vorlagen bestimmend auf das Verhalten ein. Bei der Konfession ist die ermittelte Signifikanz zudem in einigen Fällen weniger Ausdruck einer konfessionell gefärbten Einstellung als das Resultat der hohen Korrelation zwischen Konfession und Religion.

4) Das Vertrauen der Stimmbürger in die Entscheide der Regierung

Der Entscheid des Stimmbürgers für oder gegen eine Vorlage ist mehr als nur der Ausdruck seiner spezifischen Einstellung zur vorgelegten Sachfrage. Im Ja oder Nein spiegelt sich zusätzlich seine allgemeine Zufriedenheit oder Unzufriedenheit mit den Leistungen des politischen Systems bzw. der Regierung wider. Das grundsätzliche Vertrauen, das die Bürger den Entscheiden und Lösungspräferenzen der politischen Behörden entgegenbringen, ist darum eine der wichtigsten Determinanten des Abstimmungsverhaltens. Je grösser die Zahl der generell Unzufriedenen, desto schwieriger wird es für Regierung und Parlament, eine Vorlage in der Abstimmung durchzubringen.

Um abzuklären, mit wie viel Goodwill seitens der Stimmbürger Regierung und Parlament grundsätzlich rechnen dürfen, haben wir den Befragten die folgenden zwei Aussagen zur Beurteilung vorgelegt:

- a) Ich kann mich meistens auf die Regierung im Bundeshaus verlassen. Sie handelt nach bestem Wissen und Gewissen, zum Wohle aller.
- b) Im Bundeshaus wird immer mehr gegen und immer weniger für das Volk entschieden. Die Regierung kennt unsere Sorgen und Wünsche nicht mehr.

Die Befragten mussten angeben, welche der beiden Ansichten ihrer eigenen Meinung entspreche. In Tabelle 7 ist ersichtlich, welcher Anteil sich für die Aussage b) entschied. Bei den angegebenen Prozentanteilen handelt es sich um Durchschnittswerte aus sämtlichen VOX-Befragungen seit März 1977.

Über ein Drittel der Stimmbürger ist der Ansicht, dass die Regierung am Volk vorbei politisiere. Bei einigen Merkmalsgruppen liegt der entsprechende Prozentsatz sogar bei 40% und darüber. Mit dem Bundeshaus am wenigsten zufrieden sind die Arbeiter, die Westschweizer sowie die Anhänger der beiden "Oppositionsparteien" SP und LdU. Von den Angehörigen mittelständischer Berufsgruppen

Tabelle 7 Das Vertrauen der Stimmbürger in die Regierung

Merkmalsgruppe	Prozentsatz für Aussage b) "Im Bundeshaus wird immer mehr gegen und immer weniger für das Volk ent- schieden.."
Total (N=726)	35
Mann	36
Frau	33
deutsche Schweiz	33
Westschweiz	39
20–39jährige	37
40–64jährige	35
65–84jährige	29
Stadt	37
Land	31
Reformierte	33
Katholiken	34
Selbständig Erwerbende und leitende Angestellte/Beamte Angestellte/Beamte in mittleren Positionen	32
Angestellte/Beamte in unteren Positionen	29
Arbeiter	36
Bauern	42
FdP	22
CVP	24
SVP	24
SP	45
LdU	42

(Bauern, Beamte und Angestellte in mittleren Positionen), den Sympathisanten der bürgerlichen Regierungsparteien und den älteren Stimmbürgern glauben sich dagegen rund drei Viertel auf die Regierung verlassen zu können.

Das Resultat unterstreicht die Bedeutung jener gesellschaftlichen und kulturellen Gegensätze, die sich schon in unserer Analyse des Stimmverhaltens als besonders wichtig erwiesen haben. Zwischen den einzelnen sozialen Schichten, politischen Lagern, Sprachkulturen und Altersgruppen bestehen die tiefsten Gräben. Konfessionelle und geschlechtsspezifische Unterschiede spielen daneben nur eine untergeordnete Rolle.

Anmerkungen

- (1) Weil sämtliche anderen in die Analyse gehenden Berufsgruppen sich nahezu identisch verhielten (74% Ja), erwies sich das Merkmal Beruf im statistischen Test nicht als signifikant (s. Tabelle 1).
- (2) Da der Ja-Stimmenanteil unserer Stichprobe einige Prozente unter dem effektiven Wert liegt, sind die in Tabelle 2 aufgeführten Werte eher noch etwas nach oben zu korrigieren.
- (3) Rund 1000 Mann für den Schutz- und Ordnungsdienst sowie 200 Mann für die Anti-Terror-Kompagnie, wobei 300 Mann ausgebildet worden wären.
- (4) Es handelt sich um folgende Vorlagen: 9. AHV-Revision, Herabsetzung des AHV-Alters, Konjunkturartikel, Hochschulförderung, Jura und Tierschutz. Keine signifikanten Unterschiede ergaben sich einzig beim Konjunkturartikel.

Analyse der eidgenössischen Abstimmung
vom 3. Dezember 1978

Zusammenfassung

Im Zentrum der vorliegenden achten VOX-Analyse stand die Frage, *wie die einzelnen Gruppen der Stimmbürgerschaft entschieden und aus welchen Gründen sie sich für oder gegen die einzelnen Vorlagen ausgesprochen haben.*

Bei der Einschätzung der *Bundessicherheitspolizei* zeigt sich ein recht tiefer Graben zwischen den politischen Lagern, sozialen Schichten, Altersgruppen und Sprachkulturen. Während über zwei Drittel der Arbeiter und der 20–39jährigen sowie mehr als drei Viertel der Westschweizer und der SP-Sympathisanten die Einführung der BUSIPO ablehnten, stimmten andere Merkmalsgruppen der Vorlage mehrheitlich zu. Über 50% Ja-Stimmen verzeichneten die Angehörigen mittelständischer Berufsgruppen (Bauern, Angestellte/Beamte in unteren Positionen), die 65–84jährigen sowie die Anhänger der bürgerlichen Regierungsparteien. Entgegen den Ansichten vieler Abstimmungskommentatoren waren *föderalistische Bedenken für die Ablehnung nur von sekundärer Bedeutung. Im Nein der Mehrheit der Ablehnenden spiegelt sich vielmehr eine gewisse Abneigung wider, gegen alles was Polizei* heisst. Dabei hat man die Mannschaftsstärke der geplanten Polizeitruppe nicht etwa grundlegend überschätzt. Etwa 40% kannten die Zahl, und nur ein Fünftel überschätzte sie. Die innere Sicherheit der Schweiz erschien den Nein-Stimmenden aber nicht derart bedroht, als dass sich die Schaffung einer polizeilichen Sondertruppe – und sei diese zahlenmässig noch so klein – aufgedrängt hätte. Bei den unterlegenen Befürwortern der BUSIPO stand eindeutig die Terrorbekämpfung im Vordergrund. Nur etwa ein Viertel der Ja-Stimmenden sah die Sicherheitspolizei vor allem als Ordnungstruppe.

Beim neuen *Berufsbildungsgesetz* bildete sich eine ähnliche Interessenkonstellation wie bei der BUSIPO-Vorlage. Am stärksten opponierten die Anhänger der Linksparteien, die Arbeiter, die jüngere Generation sowie die Stimmbürger aus der Westschweiz. Dabei stimmten aber nur gerade die SP-Sympathisanten mehrheitlich Nein. *Am wenigsten einig waren sich Befürworter und Gegner bei der Frage der Anlehre.* Viele Gegner befürchteten, dass mit deren gesetzlichen Verankerung die Zahl der normalen Lehrstellen reduziert würde. Andere konkrete Argumente für oder gegen das neue Gesetz wurden dagegen kaum vorgebracht. 10% der Ablehnenden erklärten, dass ihnen die neue Regelung zu weit gehe. Ein ähnliches Motiv mag aber auch bei einem Teil jener 30% Nein-Stimmenden mitgespielt haben, die ihren Entscheid nicht begründen konnten oder wollten. Der hohe Anteil an Nein-Stimmen in den ländlichen, eher konservativen Kantonen der Inner- und Nordschweiz lässt sich nur dann erklären, wenn man das Nein auch als Zeichen einer gewissen Bildungsfeindlichkeit interpretiert.

Die durch den *Milchwirtschaftsbeschluss* direkt betroffene Bauernschaft hat die Vorlage noch weit deutlicher angenommen als die Gesamtheit der Stimmenden. Über 90% der befragten Landwirte haben Ja gestimmt, von den Deutschschweizer Bauern sogar mehr als 95%. Am meisten Wirkung besass die Nein-Propaganda bei den Sympathisanten der Linksparteien sowie generell in der Westschweiz. Nur 60% der Westschweizer und 51% der SP-Sympathisanten gegenüber 81% der Deutschschweizer und 89% der FdP-Anhänger befürworteten die Vorlage. Der grösste Teil der Nein-Stimmenden lehnte ab, weil sie von der Milchkontingentierung eine Benachteiligung der Bauern in den Berg- und Hügellzonen bzw. ganz allgemein der Kleinbauern befürchteten. Den Befürwortern ging es hauptsächlich um eine Eindämmung der Milchproduktion. Viele wollten ihr Ja aber auch grundsätzlich als Ja zum Bauernstand bzw. zur Landwirtschaft verstanden wissen.

Das *Tierschutzgesetz* ist bei keiner Merkmalsgruppe auf nennenswerte Opposition gestossen. Selbst von den Angehörigen der am schwächsten annehmenden Gruppen haben sich mehr als drei Viertel hinter die Vorlage gestellt. Etliche Befürworter erwarteten allerdings vom Gesetz Neuerungen, die dieses gar nicht bringt. So glaubten viele, mit ihrem Ja zu einem grundsätzlichen Verbot der Käfig- und Dunkelhaltung beizutragen, und forderten damit gerade jene konsequenten Verbote, welche die meisten Nein-Stimmenden in der Vorlage vermissten. Etwa einem Fünftel der Ablehnenden ging das neue Gesetz zu weit.

Beim Urnengang vom 3. Oktober bestimmten Parteisympathie und Sprachgruppenzugehörigkeit stärker als alle anderen Faktoren das Abstimmungsverhalten. Die beiden Faktoren erweisen sich auch in einer zeitlich ausgedehnten Analyse als äusserst wichtige Konfliktdimensionen. Bei 20 der 23 Vorlagen, die in den letzten 1 1/2 Jahren zur Abstimmung gelangten, lassen sich signifikante Unterschiede im Stimmverhalten der Anhänger verschiedener Parteien feststellen, mit einer Ausnahme auch dann, wenn die Stimmempfehlungen der von uns geprüften Parteien FdP, CVP, SVP, SP und LdU miteinander übereinstimmten (bei 7 Vorlagen). Die Sprache bzw. politische Kultur der Sprachregion war bei rund der Hälfte der Vorlagen von Bedeutung. Mindestens ebenso wichtig waren aber die beiden Faktoren Alter und Beruf. Dagegen wirkte sich das Geschlecht und die Konfession der Stimmbürger bei weniger als einem Viertel der Vorlagen auf ihren Entscheid aus.

Das Ja oder Nein des Stimmbürgers ist nicht nur Ausdruck seiner spezifischen Einstellung zur vorgelegten Sachfrage sondern ebenso sehr seiner allgemeinen Zufriedenheit oder Unzufriedenheit mit den Leistungen des politischen Systems. Das grundsätzliche Vertrauen, das die Bürger den politischen Behörden entgegenbringen, ist darum eine der wichtigsten Dimensionen des Abstimmungsverhaltens. Seit März 1977 wird in den VOX-Umfragen abgeklärt, mit wie viel Goodwill seitens der Stimmbürger Regierung und Parlament grundsätzlich rechnen können. *Über ein Drittel der Befragten* ist der Ansicht, dass die *Regierung ihre Sorgen und Wünsche nicht kenne* und immer mehr gegen bzw. immer weniger für das Volk entscheide. Bei einigen Merkmalsgruppen liegt der entsprechende Prozentsatz sogar bei 40% und darüber. Mit dem Bundeshaus am wenigsten zufrieden sind die Arbeiter, die Anhänger der beiden "oppositionellen" Parteien SP und LdU sowie die Westschweizer.

Analyse des votations fédérales du 3 décembre 1978

Récapitulation des résultats principaux

Comment les différentes unités du corps électoral se déterminent et pour quels motifs elles se prononcent en faveur ou non des sujets proposés, telle est la question confirmée au cœur même de l'analyse relative au projet "Vox".

Concernant la loi sur l'introduction d'une Police fédérale de sécurité, un fossé profond sépare les divers groupements politiques, strates sociaux, groupes d'âges et personnes possédant des origines linguistiques et culturelles différentes. Si plus des deux tiers des ouvriers et des personnes âgées entre 20 et 39 ans, ainsi que les trois quarts des ressortissants de la Suisse romande et des sympathisants socialistes refusaient l'introduction de la PFS, par contre, d'autres milieux caractérisés dégageaient une majorité acceptante. On enregistre plus de 50% des oui parmi les électeurs issus des couches moyennes de la population (paysans, employés, fonctionnaires subalternes), de même que parmi les personnes âgées entre 65 et 84 ans et des adeptes des partis gouvernementaux bourgeois. Contrairement à l'avis d'un certain nombre de commentateurs, *les objections d'ordre fédéralistes n'ont joué qu'un rôle secondaire* dans le refus de la loi. La majorité rejetante a plutôt exprimé dans ce cas *son antipathie viscérale vis-à-vis de tout ce que le terme de "police" renferme de péjoratif*. Par ailleurs, l'effectif de la troupe projetée n'a pas été surévaluée. En effet, le 40% des gens connaissait le nombre exact du contingent et un cinquième seulement le surévaluait. Les opposants ont estimé que la sécurité intérieure de notre pays n'était pas assez menacée pour rendre indispensable la création d'une troupe policière spéciale, même si, cette dernière, était dotée d'un effectif réduit. Par contre, les ardents défenseurs de la PFS ont invoqué la lutte contre le terrorisme comme argument déterminant; alors qu'un petit nombre d'acceptants, environ un quart, considérait la PFS avant tout comme une troupe chargée du maintien de l'ordre.

En matière de *formation professionnelle*, les réactions des citoyens ont été identiques à celles observées lors de la votation sur la PFS. Ceux qui s'opposèrent avec le plus de virulence à cette loi, furent les éléments proches des partis de gauche, les ouvriers, la jeune génération, ainsi que les électeurs de la Suisse romande.

Seuls les sympathisants du PS votèrent en majorité négativement. C'est autour de *la question controversée de la formation accélérée* que les divergences furent les plus marquées. Beaucoup de citoyens ont rejeté la loi parce qu'ils craignaient que son introduction ne diminuât le nombre des postes d'apprentissage à durée normale. Par contre, peu d'arguments concrets furent avancés pour ou contre cette nouvelle loi. 10% des rejetants déclarèrent que cette réglementation était trop hardie. Un motif pourrait également avoir joué chez une partie des 30% qui se sont déclarés opposés à la loi, dans la mesure où ces derniers n'ont guère justifié

leur décision. Le grand pourcentage de non enregistré dans les cantons campagnards et plutôt conservateurs de la Suisse primitive ne s'explique que si l'on interprète ce refus comme un des éléments constitutifs d'une forme d'anti-intellectualisme.

Les milieux paysans directement concernés par l'*arrêté fédéral sur l'économie laitière* ont accepté plus nettement la proposition que le corps électoral dans son ensemble. Plus de 90% des agriculteurs ont mis un oui dans l'urne et l'on trouve même une majorité acceptante de 95% parmi les paysans de la Suisse alémanique. La propagande en faveur du non a rencontré un plus large écho au sein des sympathisants des partis de gauche et en Suisse romande. 60% des Romands et 51% des gens proches du PS, contre 81% des Suisses allemands et 89% des partisans du PRD ont en-effet accepté cette réglementation. Même si la majorité des opposants refusèrent cet arrêté fédéral, craignant que le contingentement du lait défavoriserait les paysans des zones de montagne et les petits exploitants; beaucoup d'autres par contre ont estimé que leur oui correspondait à un encouragement donné à la paysannerie et l'agriculture en général.

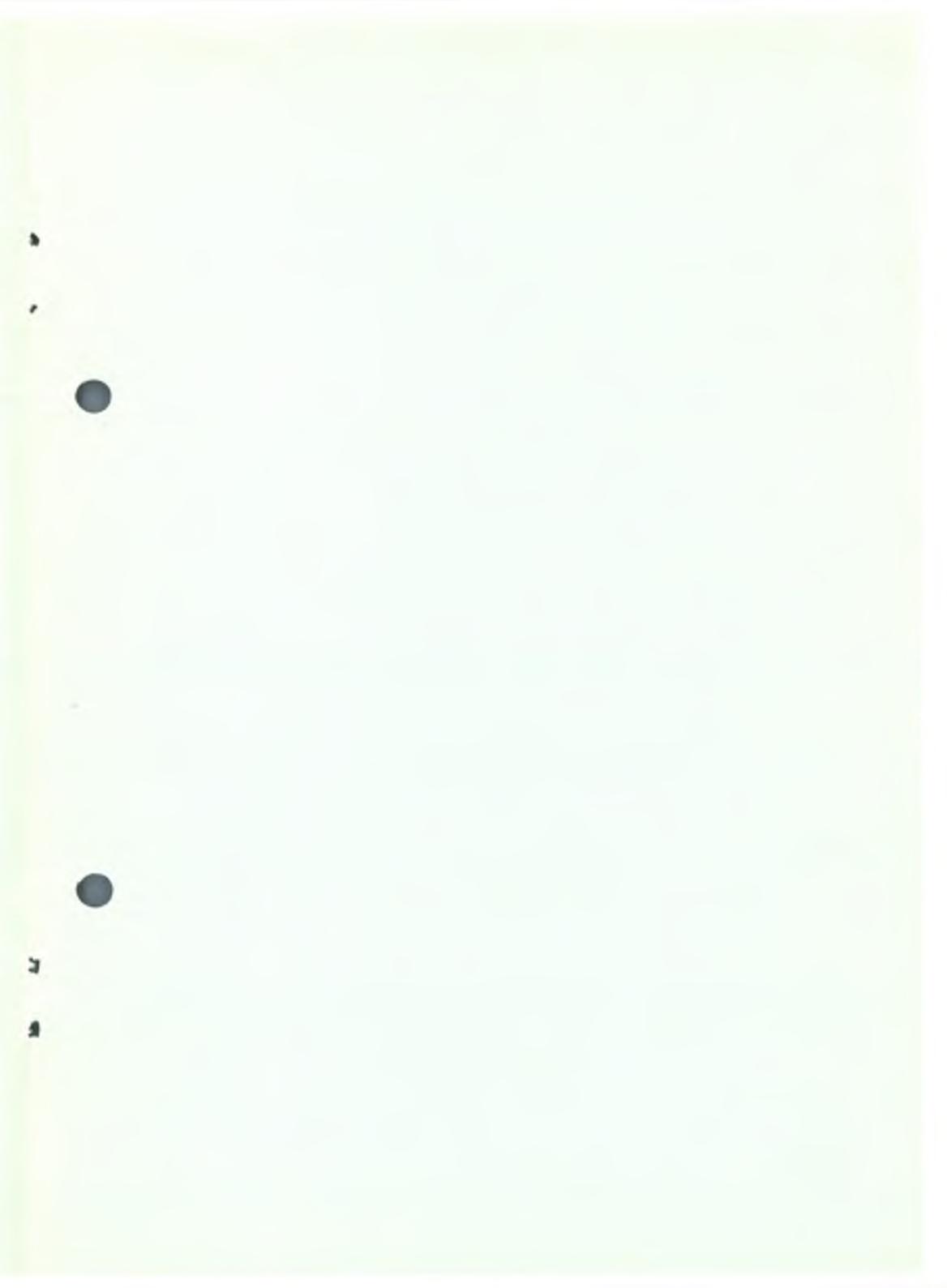
La *loi sur la protection des animaux* a rencontré une adhésion éclatante. Aucune opposition notoire est à relever. Même les groupements les plus réticents ont accepté les trois quarts des propositions. Cependant, bien des électeurs attendaient de ce règlement des innovations que ce dernier n'a pas apportées. Ainsi, beaucoup croyait contribuer avec leur oui à une interdiction de principe de l'élevage en cage et dans l'obscurité. Ils ont donc accepté la loi au nom des mêmes motifs de ceux qui l'ont refusée. Enfin, un cinquième des rejetants estimaient qu'elle allait trop loin.

Au centre des scrutins du 3 décembre, la sympathie partisane et l'appartenance à un groupe linguistique sont les facteurs qui influencèrent le plus le comportement du corps électoral. Une étude élaborée sur un laps de temps plus long ne fait que confirmer cette hypothèse. Dans vingt, des vingt-trois matières, sur lesquelles les citoyens se sont prononcés depuis une année et demie, des différences significatives sont à souligner dans le comportement électoral des personnes liées aux différents partis (à une exception près) et ce, même dans les scrutins où les recommandations de vote des partis (PRD, PDC, UDC, PS, AdI) convergeaient (du moins pour sept sujets). La langue, la culture politique de chaque région, ont eu une incidence déterminante dans la moitié des scrutins. Les facteurs âge, profession, sont tout aussi importants. Le sexe et l'origine confessionnelle n'ont eu une influence décisive que dans le quart des votations.

Le oui et le non déposés dans l'urne par l'électeur n'exprime pas seulement sa propre opinion sur la matière proposée, mais encore son degré de satisfaction ou de justification des performances du système politique. Par conséquent, la confiance témoignée par le citoyen à nos autorités politiques est une dimension à nouveau importante de son comportement électoral. Depuis mars 1977, les sondages relatifs au projet "Vox" s'efforcent d'analyser le nombre de "goodwill" des électeurs, sur lesquels le gouvernement et le Parlement peuvent s'appuyer. *Plus d'un tiers des personnes interrogées* estiment que nos autorités ne prennent guère en considération leurs préoccupations et leurs souhaits; qu'elles

décident de moins en moins en fonction des aspirations légitimes de la population. Le pourcentage s'élève même à 40% et plus, chez certains groupes déterminés. Les milieux les moins favorables au Palais Fédéral se recrutent au sein des ouvriers, des éléments proches des "partis de l'opposition" (PS, AdI) et en Suisse romande.





PP
8001 Zürich

Im Jahre 1978 wurde VOX unterstützt von:

Spenden von 2000 Franken und mehr:

Firmen/Verbände: SEVA Lotterie Bern / Migros Genossenschafts-Bund / Schweiz. Bankverein Basel / Schweiz. Bankgesellschaft Zürich / Schweiz. Kreditanstalt Zürich / Schweiz. Volksbank Bern / COOP Schweiz Basel / Winterthur-Versicherungen / Patria-Versicherungen / Wirtschaftsförderung Zürich-Genf

Spenden von 500–1500 Franken:

Firmen/Verbände: Hoffmann-La Roche Basel / Dr. D. Bührle Zürich / Sandoz Basel / Eswa-Ernst Stansstad / IBM Zürich / Viscosuisse Emmenbrücke / Alusuisse Basel / Dr. C. Aebi Burgdorf / Philip Morris Lausanne / Rheinsalinen Schweizerhalle / Bernische Kraftwerke / Nestlé Vevey / SMUV Bern / Schweiz. Gewerkschaftsbund Bern

Staatliche Stellen: Kantonalbank Zug / Kantonalbank von Bern / Kantonalbank Zürich / Thurgauische Kantonalbank / Kantonalbank Baselstadt / Kanton St. Gallen / Stadt Basel / Kanton Zug / Kantonalbank Appenzell AR

Spenden von 200–400 Franken:

Firmen/Verbände: Dr. A. Wander Bern / Sunlight Zürich / Papierfabrik Biberist / Hero Lenzburg / Weltwoche-Verlag Zürich / Kümmerly-Frey Bern

Staatliche Stellen: Kanton Solothurn / Stadt Solothurn / Kanton Uri / Kanton Baselland / Stadt Zug / Stadt Schaffhausen / Kanton Schwyz

Unter dem Patronat des
FORUM HELVETICUM



Zuschriften: Postfach 546, 8027 Zürich ☎ 01/202 07 87

Copyright by GfS und FSP

Abdruck auszugsweise mit Quellenangabe gestattet